

Regierung killt Zukunft!

In Österreich gelten über 142.000 Minderjährige als „manifest arm“. Tendenz steigend. Dem zu entfliehen ist ein Wunschtraum. Alle Parteien erklären ständig sie würden das alles „für die Zukunft unserer Jugend“ machen. Verlogene Propaganda, denn sie tun das Gegenteil. Sparmaßnahmen in Schulen, Horten, bei Sport- und Jugendzentren.

Seite 2

Jarrow '11: Jugend fordert Zukunft

Der „Jarrow March for Jobs 2011“, organisiert von Youth Fight for Jobs (YFJ), hat ein Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Britannien gesetzt. Er knüpft an die Tradition der „Jarrow Crusade“ an, einem Arbeitslosenmarsch von 1936. Er kann Bezugspunkt für eine neue Generation werden, die keine Wahl hat, als für ihre Zukunft zu kämpfen.

Seite 12

Schwerpunkt

Die Konflikte im Nahen Osten scheinen unlösbar. Doch die sozialen Bewegungen in Israel können ein Ansatzpunkt für eine friedliche Zukunft jenseits des Kapitalismus sein.

Seiten 7-10



Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 204 | 12.2011

Kürzungslawine ausbremsen!



Banker regieren mittlerweile in Italien und Griechenland. Bei uns tun sie das nicht offiziell, aber sie haben einen willigen Erfüllungsgehilfen: die SPÖVP-Regierung. Denn mit der „Schuldenbremse“ will sie sich einen Freibrief für Kürzungen auf Jahre holen. Dann kann sich jede Regierung auf die Schuldenbremse ausreden und muss keine Verantwortung für ihre Politik übernehmen. Diesen Demokratieabbau (Stichwort: Wirtschafts- bzw. Expertenregierung) gibt's europaweit – die Politik der Herrschenden stößt auf Widerstand, und

2012 soll es neue Kürzungen von bis zu 1,3 Mrd. Euro geben. Das Budget für 2012 wurde nochmal aufgeschnürt, weil die Wirtschaftsprognosen zu optimistisch waren. Die Weltwirtschaft steht vor einer neuen Rezession. Da steht uns Übles bevor wenn wir es nicht verhindern!

Keine „Oppositionspartei“ ist wirklich gegen die Schuldenbremse. Die FPÖ ist nur gegen neue „Belastungen“ – nicht gegen Kürzungen. Der FPÖ Wirtschaftsflügel: „Eine Schuldenbremse ist nur dann sinnvoll, wenn sie als Ausgabenbremse defi-



Fotomontage: Copyright Alex Swoidl

Wir lassen uns nicht kaputtsparen! Schuldenbremse heißt Freibrief für Kürzungen auf Jahre!

den wollen sie sich ersparen. Uns steht eine Kürzungslawine bei Sozialem, Gesundheit, Bildung und im Öffentlichen Dienst bevor! Laut SPÖ-Staatssekretär Schieder sollen 40 Mrd. Euro bis 2020 eingespart werden! Schon

niert ist.“ Die Grünen lehnen sie nicht grundsätzlich ab, fordern zusätzlich Vermögenssteuern und „Strukturreformen“.

Sparpakete sind die einzige Antwort, die den Herrschenden einfällt.

Im Kapitalismus geht jede „Lösung“ der Krise auf Kosten der ArbeiterInnenklasse! Darum brauchen wir eine sozialistische Antwort. Sieben Mrd. Euro sind bis jetzt an die österreichischen Banken geflossen. Wir sa-

gen: Verstaatlichung des Bankensektors statt Verstaatlichung der Verluste. Der ÖGB muss einen entschlossenen Kampf gegen Schuldenbremse und Kürzungen organisieren. Und wir brauchen eine neue ArbeiterInnen-Partei, die diese Kämpfe bündeln kann. Wir haben genug von dieser Politik – und von diesem System!

Laura Rafetseder

Die SLP fordert:

- Nein zur Schuldenbremse!
- Rücknahme aller Kürzungen und Investitionen in Gesundheit, Soziale und Bildung!
- Nichtbezahlung der Schulden!
- Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Wir kennen sie aus Filmen: MagierInnen und dubiose Zaubermittelchen. Wir finden es amüsant, dass Menschen glaubten, es gäbe den „bösen Blick“ oder dass sich aus Hühnerknochen und Kaffeesatz die Zukunft lesen lässt. Schnee von gestern? Ganz und gar nicht. Einen Hang zu übersinnlichen Hilfsmitteln haben offenbar die Spitzen der Wirtschaft. Büros, die nach Feng-Shui eingerichtet sind, scheinen harmlos, angesichts von Unternehmen, in denen die Pyramidenform im Zentrum steht (Red Bull) oder „Fischblasen“ und „Blumen des Lebens“ (Apple, Chanel etc.). Bekannt sind nur die er-

Wenn nichts mehr hilft, hilft Esoterik?

folgreichen Betriebe, die tausenden gescheiterten nicht. Doch damit nicht genug: ManagerInnen, die sich von WahrsagerInnen beraten lassen oder ihre Entscheidungen dem Verlauf der Sterne oder Tarotkarten anvertrauen. Dafür ist viel Geld da, während bei den Beschäftigten gespart werden „muss“.

Wäre es nicht so ernst, könnten wir uns darüber herzlich amüsieren. Nur sind jene, die an dererlei Hokusfokus glauben, verantwortlich für Milliardenkonzerne und hunderttausende Jobs. Aber eigentlich ist es nicht verwunderlich, dass die WirtschaftsvertreterInnen auf Übersinnliches setzen. Denn sie haben keine Ahnung was in der Wirtschaft eigentlich passiert. Sie analysieren bestenfalls an der Oberfläche herum, erklären uns die Wirtschaft boomt, um 24 Stunden später einen Einbruch erleben zu müssen. Sie glauben ihrer eigenen Propaganda vom funktionierenden Kapitalismus und verstehen folglich nicht, warum das ganze dauernd kracht. Egal ob „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) oder höhere Macht: die PropagandistInnen des Kapitalismus verstehen die Ursachen der immer wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus nicht. Sie wollen und können die systemimmanenten Widersprüche nicht sehen. Was bleibt also unter den Anzügen und Businesskostümen übrig? Hochbezahlte abergläubische Scharlatane!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Christliche Krokodilstränen bei der ÖVP

Die ÖVP sieht laut ihrem Grundsatzprogramm in Kindern „...die Partner für die Gestaltung der Gesellschaft von Morgen.“ Verwirklicht durch die „...Verwurzelung in der Familie...“. Das steht in krassem Gegensatz zu den auch von der ÖVP umgesetzten Kürzungen. Ob in einer Gemeinde ein Fußballplatz geschlossen wird oder Gratiskindergärten abgeschafft werden sollen: Kinder und Familien sind die Leidtragenden.

Die „Verwurzelung“ in der Familie zielt zudem auf das Leitbild der Kinder erziehenden Hausfrau, welche sich dem Mann unterzuordnen hat ab. Kinder haben in diesem hierarchischen Weltbild kaum eigene Rechte. Denn um Kindern tatsächlich eine Mitgestaltung zu ermöglichen, müssen diese auch aktiv in den Prozess ihres Heranwachstums einbezogen werden: unmöglich in unserem System? Dann müssen wir es ändern!



Regierung kilt Zukunft!

Im Rahmen der Wirtschaftskrise operiert die Regierung munter den Kindern und Jugendlichen den letzten Tropfen Zukunft her-

mittel. Kinder sehen sich vermehrt von psychischen und physischen Krankheiten betroffen. Doch für Sporteinrichtungen, ge-

kommen Subventionskürzungen bei Jugendzentren, Spielplätzen, Kinderhorten und auch bei öffentlichen Sportplätzen wird in ver-

Die „Spar“-maßnahmen der Regierung sind ein Frontalangriff auf Kinder & Jugendliche

aus. Die Einsparungen bei Lehrkräften wirken sich in direkter Folge auf SchülerInnen aus. Durch das Überschreiten der SchülerInnenhöchstzahl in Klassen und mangelnde Zeit für Einzelbetreuung wird der Unterricht schlechter. Zusätzlich nimmt der Druck in der Schule kontinuierlich zu. Um dem Konkurrenz- und Leistungsdruck standhalten zu können, nehmen SchülerInnen vor Prüfungen Beruhigungs-

sundes Schulesen und gute medizinische Versorgung ist ebenfalls kein Geld da. Auch die normale medizinische Versorgung wird zur Luxusware.

Die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz sind düster, gelernt wird bestenfalls etwas das nicht interessiert. Die Chance auf einen Job ist schlecht. Jugendliche sehen sich vermehrt mit einer desillusionierenden Perspektivenlosigkeit konfrontiert. Hinzu

schiedensten Gemeinden (z.B. St. Pölten) gekürzt.

In Österreich gelten über 142.000 Minderjährige als „manifest arm“. Tendenz steigend. Dem zu entfliehen ist ein Wunschtraum. Alle Parteien erklären ständig sie würden das alles „für die Zukunft unserer Jugend“ machen. Verlogene Propaganda, denn alle ihre Maßnahmen machen Jugendlichen das Leben noch schwerer!

Moritz Erkl



Gesetz wird Gewalt gegen Kinder nicht verhindern

Seit 1989 ist das Schlagen von Kindern per Gesetz verboten. Geändert hat das wenig. Justizministerin Karl hat nun eine Novelle durchgebracht, wodurch Gewalt gegen Kinder härter geahndet werden soll. Wieder einmal ist das jedoch reine Symptombekämpfung. Die Ursachen von häuslicher Gewalt – Armut, zu kleine Wohnungen und soziale Probleme sind oftmals auslösende Faktoren – werden wieder einmal

ignoriert. Und dort wo es Unterstützung gibt, wird gekürzt – z.B. beim Gewaltschutzzentrum Oberösterreich, im Sozialbereich in der Steiermark... An allen Ecken und Enden fehlt das Geld! Gesetze thematisieren Gewalt bestenfalls. Die Regierung mag sie, denn sie kosten nichts und die Verantwortung wird von der gesellschaftlichen auf die private verschoben. Sie werden aber die Probleme kaum lösen.



„Inhärente Missbrauchsgefahr“

Selten noch waren alle Be-
gutachterInnen so einig:
Durch die vorgeschlagene
Novellierung des Sicher-
heitspolizeigesetzes (SPG)

Unter dem Deckmantel der
„Terrorismusprävention“
gerät mensch, geht es nach
dem Entwurf, unter Gene-
ralverdacht: so soll es den

kriminalisiert – davon hat
nicht einmal der Präsident
Pilch aus „Kottan ermit-
telt“ zu träumen gewagt.
Das Innenministerium tut

stands gegen „Schulden-
bremsen“ und Sparpakete,
rüsten die herrschenden
Eliten auf. Überwachung,
Bestrafung und die allge-

*Jenseits des Rechtsstaats: Mit dem neuen Polizeigesetz
soll jeder Widerstand kriminalisiert werden.*

„würden die Befugnisse
der Sicherheitsbehörden
in rechtsstaatlich beden-
klicher Weise erweitert,
ohne dass auch nur im An-
satz ausreichende Schutz-
und Kontrollmechanis-
men vorgesehen wären“;
das schreibt in seiner Stel-
lungnahme zum Entwurf
etwa der Österreichische
Rechtsanwaltskammertag.
Und der ist nicht die Stan-
desvertretung geprüfter,
sich jeder Ordnung wi-
dersetzender Outlaws.

Polizeibehörden zukünftig
gestattet sein, auch sensib-
le Daten ohne richterlichen
Beschluss zu sammeln und
zu verknüpfen; Handyort-
nung durch die Polizei soll
erleichtert werden – selbst
von Peilsendern ist die Re-
de. Zum Drüberstreuen
wird auch noch die Ver-
wendung „polizeitypischer
graphischer Darstellungen
der Sicherheitsbehörden
oder Polizeikommanden“
unter Strafe gestellt; selbst
Karikaturen würden somit

das freilich schon. Und all-
das soll einhergehen mit ei-
ner Verschärfung des Straf-
rechts, das sich in § 282a (2)
bei aller Schwammigkeit
auch auf „das allgemeine
Rechtsempfinden“ bezieht.

Die „Strategie“ dahinter ist
offensichtlich: Vor dem
Hintergrund weltweit zu-
nehmender Proteste und
sich zuspitzender Klas-
senkämpfe, sowie ange-
sichts des auch hierzulan-
de zu erwartenden Wider-

meine Aushöhlung „bür-
gerlicher“ Rechte im Na-
men der „Terrorismus-
prävention“ sollen in
Wirklichkeit jede wirksa-
me Opposition gegen das
System Kapitalismus von
Vornherein verhindern.

Wer glaubt, es würde nicht
so heiß gegessen, irrt: §
278 StGB und der Tier-
schützerInnen-Prozess
haben das bereits unter
Beweis gestellt.

Alexander Svojtko

Die Zukunft? Eingespart!

Heute gibt es 1/3 weniger
Lehrstellen als 1980. Die
Zahl lag 2009 bei nur
131.676 (Quelle: Die Ar-
beit, 4/2010). Die Anzahl
junger Arbeitsloser (15-25)
stieg um 30%. Statt Jobs
zu schaffen, setzt die Re-
gierung auf die Aufwei-
chung von Rechten wie
Behaltefrist, Kündigungs-
schutz und die Verlänge-
rung der Probezeit sowie
auf Stiftungen und Zeit-
arbeit. Das brachte kei-
ne Lehrstellen – sondern
entlassene Jugendliche.

- Schließung der
„Kinderzimmers“ im
LKH Horn (NÖ)
- Schließung der Gebur-
tenstation Voitsberg
(Stmk) geplant
- Entscheidung Oktober
2009: Geburtenstation
im KH Mittersill
wird geschlossen
- Gmunden April 2011: Die
Unfall- und Geburten-
station im LKH sollen
geschlossen werden
- seit August 2011 gibt es
im KH Schärding keine
Kinderabteilung mehr

Wie soll guter Unterricht
stattfinden, wenn seit Ju-
ni 2011 laut Kürzungs-
plans des Bundes 160 Leh-
rerInnen weniger in Wiens
Pflichtschulen unterrich-
ten? Stundenkürzungen
bedeuten: Kürzungen bei
LehrerInnenfortbildung,
Doppelbesetzung in Stun-
den, Förderunterricht
und Supplimenten. Das
wirkt sich v.a. negativ auf
die Integration behinder-
ter Kinder oder von Kin-
der mit nichtdeutscher
Muttersprache aus.



Zwei Drittel der 14-24 Jäh-
rigen gehen davon aus,
dass ihre Pension nicht
zum Leben reichen wird,
ein Drittel glaubt sogar,
dass sie gar keine staatli-
che Pension mehr bekom-
men werden.

Quelle: Österreichischer
Jugendmonitor 2011

Der rechte Rand

Bedrohung für linkes Zentrum

Die Nazis rund um die
Website „Stolz&Frei“
versuchen, präsenter
zu werden. Es kommt
immer wieder zu Brief-
kasten-Verteil Aktio-
nen in Wiener Gemein-
debauten für die Frei-
lassung des Neonazis
Küssel und das „Recht“
auf Holocaustleugnung.

Auch wurde das lin-
ke Zentrum „EKH“
bedroht: Plakate und
Graffitis sollen die Ak-
tivistInnen einschüch-
tern. Wiederholungen
und Verschärfungen
solcher Aktionen, auch
Gewalt, wurden bereits
angekündigt. Weite-
re linke Zentren sollen
ebenfalls angegriffen
werden. Die faschisti-
sche Szene ist nach dem
Schlag gegen „Alpen-
Donau.info“ dabei, sich
neu zu formieren.

Neues Buch über Rechtsextremismus

Das neue Buch des be-
kannten Antifaschisten
Heribert Schiedel „Ext-
reme Rechte in Europa“
ist da. Gut verständlich
erklärt es Zusammen-
hänge der Szene auf
120 Seiten. Es zeigt be-
sonders gut die Wech-
selwirkung zwischen
„Parteien der Mit-
te“, Rechtspopulismus
und Neo-Faschismus:
Ehemals rechte The-
men/Argumente haben
längst ihren Weg in die
Mitte der Gesellschaft
gefunden. Auch die Be-
deutung rechter Events
(z.B. WKR-Ball) wird
erläutert.

Schiedel erklärt, wel-
che Gedankenwelt hin-
ter dem widersprüchli-
chen Versuch einer „na-
tionalistischen Interna-
tionale“ steckt und wie
das funktioniert. Er
nennt auch Streitpunk-
te der rechtsextremen
Szene. So die Neuorien-
tierung des Rechtspo-
pulismus zwischen
„modernem“ Islam-
Hass und „altem“ Anti-
semitismus rund um die
Frage Israels.

Schiedel, Heribert - Extreme
Rechte in Europa, ISBN: 978-3-
902494-54-2, Edition Steinbauer

Am Beginn des 1. Weltkriegs verkündete der deutsche Kaiser Wilhelm II., dass er ab nun keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche kenne. Das war der Moment der rechten Führung der Sozialdemokratie. Sie missbrauchten ihre Stellung und mobilisierten für das „Vaterland“ und den Krieg. Bei den Soldaten war die Euphorie bald verflogen: Schützengräben, Stellungskrieg und Leid waren die Realität des Kriegs.

Leo Trotzki berichtete Ende 1914 davon, dass es im Alltagsleben der Soldaten im Schützengraben der Westfront zu einer Annäherung gekommen sei. Soldaten trafen sich friedlich bei den Wasserstellen

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

im Wald und tauschten z. B. Kaffee und Tabak. Selbst tote Soldaten wurden gemeinsam beerdigt. Weihnachten 1914 wurde an einem Frontabschnitt gemeinsam gefeiert. Nach der Oktoberrevolution 1917 konnte die Front nur durch Massenerschießungen wegen Solidarisierung zwischen den Soldaten aufrechterhalten werden.

Selbst in der Hölle von Stalingrad wurde trotz Verbitterung und Elend auf beiden Seiten zu Weihnachten 1942 nicht aufeinander geschossen. Im Indochinakrieg organisierte der Wiener Arbeiter Ernst Frey unter den französischen Fremdenlegionären eine Widerstandsgruppe, die sich schließlich den vietnamesischen Freiheitskämpfern anschloss.

Die Geschichte ist reich an Beispielen der Klassensolidarität. Es fehlte nicht am Mut einzelner, sondern an einer entschlossenen Führung in den ArbeiterInnenorganisationen dem Morden ein Ende zu bereiten.

Albert Kropf



Alle Kämpfen Heute

Die ÄrztInnen des Wiener AKHs wehren sich gegen die geplanten Einsparungen (u.a. Streichung von Nachtdiensten). Ih-

liche“ Spitalsreform mit Kürzung um 10% durchzuziehen.

Tatsächlich wollen Bund und Länder massiv bei der

ein ordentliches medizinisches Angebot und eine Gehalts/Lohnerhöhung die über der Inflationsrate liegt! Krankenschwestern

schlägt vor, diesen Kampf mit anderen gegen die Einsparungen im Gesundheitswesen zu verbinden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die GÖD und der ÖGB sollten die AKH-ÄrztInnen unterstützen, gleichzeitig können diese nur gewinnen, wenn sie sich mit dem Pflegepersonal solidarisieren. In der Steiermark haben die ÄrztInnen einzelner Spitäler eine wichtige Rolle im Kampf gegen das steirische Sparpaket gespielt. Jetzt könnten der Kampf der SpitalsärztInnen im Wiener AKH und die Auseinandersetzungen in der Steiermark der Motor für eine Bewegung gegen die Angriffe aufs Gesundheitswesen sein. **Michael Gehmacher**

ÄrztInnen & Pflege- und Reinigungspersonal & PatientInnen = Angriffe zurückschlagen!

re Aktionen polarisieren. Viele Menschen sehen im AKH-Konflikt einen wichtigen Kampf gegen die Zerschlagung des Gesundheitswesens an sich – daher die große Unterstützung. Andererseits machen Politik und Medien gegen die AKH-ÄrztInnen Stimmung. So empfiehlt z.B. Wolfgang Fellner, Herausgeber von „News“ und „Österreich“, der Regierung, gleich eine „wirk-

Gesundheit kürzen. Verschlechterungen bei der Versorgung und für das Personal wären die Folge. So sollen in der Steiermark (und teilweise in Oberösterreich) Pflegepersonal, HausarbeiterInnen, Verwaltung und Reinigungskräfte keine Gehaltserhöhungen bekommen. Davon wären besonders stark Frauen als PatientInnen und als Beschäftigte betroffen. Wir brauchen

und Reinigungsfrauen gehören nicht zu den Spitzenverdienern. Bei der aktuellen Preisentwicklung bedeutet eine Nulllohnrunde und weitere Personaleinsparungen eine Steigerung der Burn-out Gefahr und v.a. für Frauen eine verstärkte Armutsgefährdung.

Die SLP unterstützt den Arbeitskampf der ÄrztInnen im Wiener AKH und



Der Teufel steckt gerade bei Kollektivvertrags-Abschlüssen im Detail

Einmalzahlungen werden bei der Berechnungsgrundlage für den Lohnabschluss im Folgejahr nicht berücksichtigt. Lohn €1.000,-, Abschluss 3% + €96,- Einmalzahlung (= €8,- pro Monat), d.h. €30,- + €8,- = €38,- (= rechnerisch 3,8%). Aber die Basis für die Erhöhung im Folgejahr ist nur €1.030,- (€1.000,- + 3%).

So konnten die Unternehmen den Produktivitätsfortschritt für sich vereinnahmen. Laut Studie der AK OÖ liegt 2010 der

durchschnittliche Reallohn um 0,7% unter dem von 1994, die Produktivität aber stieg um 24%!

Prozentuelle Lohnabschlüsse öffnen die Lohnschere (Unterschied zwischen hoher und niedriger – oftmals weiblicher – Entlohnung). 3% von 1.000 = 30, 3% von 10.000 aber 300! Eine höhere Anhebung der unteren Lohnstufen – durch Mindestbeträge oder gestaffelte Prozentregelungen – wirkt dem entgegen.

Beim heurigen Metal-lerabschluss kriegten die unteren beiden Lohnstufen fast 5,3 %. Aber in den Lohnstufen arbeiten kaum noch ArbeitnehmerInnen...

Die SLP fordert daher automatische Lohnsteigerungen um die Inflation und Verhandlungen über zusätzliche Fixbeträge sowie den Ausgleich der Produktivitätssteigerung durch Arbeitszeitverkürzung.

Gerhard Ziegler

Unmut in der grünen Mark

In der ersten Jahreshälfte gab es gerade in der Steiermark rund um die Plattform 25 große Proteste gegen die geplanten Kürzungen. Auch bei den Studierenden gibt es Unmut. Ein Interview mit Jakob Rößle (22) der Maschinenbau in Graz studiert.

V: In der Steiermark gab es in letzter Zeit verschiedenste Proteste z.B.: gegen Studiengebühren. Du hast an ihnen teilgenommen. Warum?

JR: Weil ich nicht so viel Geld hab: 500 Euro, wie von Karl Heinz Töchterle vorgeschlagen und vom Grazer TU-Direktor befürwortet, sind ein extrem hoher Betrag den ich mir nicht leisten kann. Ich kämpfe gegen Studiengebühren.

V: Merkt man in der Steiermark, wo die KPÖ so stark ist, einen realen Unterschied bei den Protesten?

JR: Nein! Die KPÖ kommt zwar zu den Bündnistreffen, nimmt dann aber real nicht an den Protesten teil. Auch die Plattform 25, wo KPÖ und Grüne in der Führung sitzen, ist leider nicht sehr demokratisch, weil Beschlüsse eher nicht vom Plenum sondern einer kleineren Gruppe fixiert werden. Und die für Anfang No-

vember geplante Plattform-Konferenz wurde abgesagt weil da die Grünen ihre 30-Jahr-Feier auf denselben Termin gelegt haben. Ich hab das Gefühl, KPÖ und Grüne sind Regierungsgeil, versuchen eigentlich in der Plattform nur, ihre eigenen Ideen zu verwirklichen.

V: Was erwartest du dir von Protesten?

JR: Dass durch sie z.B. ein so hoher Druck entsteht dass Studiengebühren nicht verwirklicht werden können, dass RechtspopulistInnen wie z.B. Sarrazin nicht in Graz auftreten können, oder Sozialkürzungen wie im ersten Halbjahr 2011 beschlossen nicht durchführbar sind. Dafür bedarf es breit gefächelter Bündnisse und ein gemeinsames Auftreten auf Aktionen. Durch breite Mobilisierung – wie z.B.: Studierende, SchülerInnen, ArbeiterInnen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, PensionistInnen und Erwerbslose – und mit kämpferischen Aktionen – öffentliche Betriebsversammlungen, Streiks und Demonstrationen ist es möglich, die Angriffe zurück zu schlagen.

V: Wir bedanken uns für das Gespräch.



Till freigesprochen...

Am 8. November musste der Antifaschist und Tilman Ruster (SLP) vor dem Josefstädter Bezirksgericht in Wien erscheinen. Ihm

haltens“ festgenommen – der „tätliche Angriff“ sei durch einen Polizeijuristen hinzugefügt worden. Hier zeigt sich der Verfol-

Der Staat will die Teilnahme an legitimen Protesten durch Strafen unbezahlbar machen. Wir müssen zeigen, dass diese

...doch Solidarität ist weiter nötig.

Der Prozess hat viel Geld gekostet!

wurde vorgeworfen, während der Proteste gegen den rechtsextremen Burschenschaftler WKR-Ball einen Polizisten tätlich angegriffen zu haben. Diese Vorwürfe erwiesen sich vor Gericht als völlig haltlos!

Der Polizist, der Till verhaftet hatte, erklärte während seiner Vernehmung durch die Richterin, dass es keinen tätlichen Angriff gegeben hat! Er habe Till wegen „aggressiven Ver-

gungswille der Behörden!

Zur Erinnerung: Die Proteste gegen den WKR Ball im vergangenen Januar waren verboten und von der Polizei verhindert worden. Dutzende erhielten Geldstrafen, auch Till droht noch eine. Nach erfolglosem Strafverfahren versucht es die Polizei nun mit hohen Verwaltungsstrafen. Zusätzlich muss er, trotz Freispruch, die hohen Gerichtskosten tragen.

Rechnung nicht aufgeht. Spendet für Till! Nicht einschüchtern lassen! Ob verboten oder nicht, die SLP wird auch am 27. Jänner 2012 wieder gegen den WKR Ball auf die Straße gehen.

Christian Bunke

Wir bitten um Spenden auf das PSK-Konto 8812.733 (Verwendungszweck: Till)



„Fight the Power“: 3 Tage Theorie & Praxis

Von 18.–20.11. fand in Wien „Fight the Power – 3 Tage Diskussion zu Theorie und Praxis des Widerstandes“ statt. TeilnehmerInnen aus Österreich, Deutschland, Griechenland und Schweden diskutierten in drei Plenardiskussionen und sechs Arbeitskreisen.

Das Highlight des Wochenendes war zweifellos die Debatte mit den VertreterInnen der Piratenpartei. Knapp 50 TeilnehmerInnen beteiligten sich an der teils sehr hitzigen

Diskussion. Viele waren enttäuscht von den Piraten, da sie mehrmals betonten, das System „von innen“ verändern zu wollen und jede grundsätzliche Veränderung ablehnten („Da würden ja dann Autos brennen!“).

Benjamin aus Wien hat die politischen Diskussionen „sehr genossen“. Er erklärt: „Gut gefallen hat mir der praktische Ansatz in den Arbeitskreisen, z.B. zur Frage von Abschiebungen.“

Termin des Monats WKR Ball verhindern!

Am 27. 1., dem Jahrestag der Auschwitzbefreiung, soll wieder der WKR-Ball stattfinden. Rechtsextreme aus ganz Europa wollen in der Hofburg tanzen und sich vernetzen. Seit Monaten organisiert die SLP v.a. in der Gewerkschaft dagegen. Gemeinsam mit anderen wollen wir diesmal wirksame Proteste organisieren damit der Ball nicht nur aus der Hofburg fliegt, sondern gar nicht stattfindet.



Proteste gegen den WKR-Ball in Wien
27. Jänner 2012
Mehr auf www.slp.at

Das Neujahrskonzert:

Tausende Euro für eine Konzertkarte, Millionen Einnahmen über den CD-Verkauf, eine Milliarde Menschen an den Bildschirmen. Doch welchen österreichischen Traditionen wird am 1.1. eigentlich gefrönt? Dass Feldmarschall Radetzky, dem Johann Strauß Vater ausgerechnet im Revolutionsjahr 1848 einen Marsch gewidmet hatte, ein Reaktionär und Militärdiktator in Oberitalien war, sollte inzwischen eigentlich bekannt sein. Weniger bekannt: Das erste Neujahrskonzert wurde 1939 gegeben und war eine Propagandaveranstaltung der Nazis. Dirigiert wurde es vom

Rote Seitenblicke

Goebbels-Spezi Clemens Krauss, der diese Tradition praktischerweise auch nach 1948-1954 fortführen durfte; ein österreichisches Schicksal? Nicht uninteressant ist übrigens auch die Rezeption von Johann Strauß Sohn (ja der mit dem Donauwalzer) durch die Nazis. Goebbels hatte zu diesem bereits 1938 notiert: „Ein Oberschlauberger hat herausgefunden, dass Joh. Strauß ein Achteljude ist. Ich verbiete, das an die Öffentlichkeit zu bringen. Denn erstens ist es noch nicht erwiesen, und zweitens habe ich keine Lust, den ganzen deutschen Kulturbesitz so nach und nach unterbuttern zu lassen. Am Ende bleiben aus unserer Geschichte nur noch Widukind, Heinrich der Löwe und Rosenberg übrig. Das ist ein bisschen wenig.“ Weniger „gut“ als dem Toten, ging es freilich den lebenden Erben der Musikerdynastie: Sie wurden Zielscheibe einer Kampagne des antisemitischen Blattes „Der Stürmer“, der Strauß-Nachlass in der Folge arisiert... **John Evers**



Rot-Grün = Amerlinghaus aus

Unter diesem Motto fand am 30.11 eine Demo in Wien statt. TeilnehmerInnen waren die Beschäftigten, Mitglieder und AktivistInnen der rund 50 Gruppen des

trifft soviel Kultur, Politik und Integration aufeinander wie im Amerlinghaus. Seit Jahren versucht die Stadtregierung das Haus finanziell auszubluten.

Jahr Rot-Grün gebraucht hat, um ein seit 30 Jahren bestehendes Kulturzentrum zu bedrohen. Entsprechend machte die Demo auch einen Zwischen-

spielt hat, war rot-grün so unangenehm, dass für 2012 die Subvention vorerst gesichert ist. Ein erster Erfolg. Verlangt werden aber Umstrukturierungen (raus mit

Für mehr und nicht weniger politische, soziale, kulturelle Zentren! Für den Erhalt des Amerlinghauses.

Amerlinghaus und Personen, die das Amerlinghaus als das, was es ist kennen und schätzen gelernt haben.

Das Kulturzentrum am Spittelberg ist seit der Besetzung Mitte der 1970er Jahre ein Treffpunkt für Jugendgruppen, antifaschistische Gruppen, MigrantInnenvereine, Kunstprojekte und viele andere Strukturen. In keinem anderen von der Gemeinde Wien geförderten Zentrum

Hintergrund ist der Wandel im 7. Bezirk: 1970 war es noch ein billiges Viertel. Heute sind die Mietpreise um ein vielfaches gestiegen und der Spittelberg wurde zum „Szene-Viertel“. Die 100%ige Tochterfirma der Stadt Wien und Vermieterin des Amerlinghauses GESIBA möchte offensichtlich zahlungskräftigere MieterInnen.

Für viele enttäuschend ist, dass es nicht mal ein

stopp vor der Zentrale der Grünen, die von der Polizei geschützt wurde und verdunkelt hatte.

Das Amerlinghaus muss bei steigenden (Miet)Preisen seit rund 10 Jahren mit einer gleichbleibend niedrigen Jährlichen Subventionen von 250.000€ auskommen. Das reicht schon lange nicht mehr. Die Kampagne zur Verteidigung des Amerlinghauses, bei der die SLP eine zentrale Rolle ge-

den lästigen linken Gruppen, rein mit Kommerz), die den Charakter des Hauses zerstören würden. Die Zukunft ist also ungewiss, die Kampagne muss weiter gehen!

Um den dringend gebrauchten Platz für Antifaschismus, Kultur und Integration im Amerlinghaus zu erhalten fordern wir die notwendigen Subventionen sowie die Zuschüsse für die Sanierung! **Yanna Ndiaye**

„Die Streif ist brutal wie noch nie!“

So oder so ähnlich lautet die Ansage beim jährlichen Hahnenkammrennen. Viele erinnern sich mit Schaudern und Schrecken an die Stürze von Hans Grugger oder Daniel Albrecht. Damals war zu hören „die Streif sei zu gefährlich“. Dennoch bleibt das Credo von „Höher, Schneller, Weiter“. Finanziell sind es die Sponsoren, die profitieren. Je höher die Einschaltquoten sind, desto mehr ist eine Sportart wert. Für eineN erfolg-

reichen SchifahrerIn, mit Logo auf der Mütze das in die Kamera gehalten wird, sind es 25.000-400.000 Euro, die von Sponsoren bezahlt werden. Es geht noch mehr: Mit € 60 Mio. sponsert die deutsche Telekom (steuerschonend) im Jahr Fußball und Radsport. Erfolgreiche SportlerInnen bringen Geld: Die mediale und touristische Wertschöpfung in Niederösterreich von 2006-2010 betrug im Schnitt € 15 Millionen.

Oft ist es der Nervenzitter von Sportveranstaltungen, der die Menschen zum Zuschauen treibt. Es sind ein paar Stunden, in denen wir mitjubeln und mitfiebern können. Ein paar Stunden, in denen wir die Welt um uns ausblenden können. Alltagsstress, Jobsorgen und Perspektivlosigkeit treten in den Hintergrund – Wir können Emotionen ausleben, die uns der graue Alltag im Kapitalismus vorenthält.

Karin Wottawa





Naher Osten: Keine Lösung im Kapitalismus

Krisenherd Trotz jahrzehntelanger Bemühungen der führenden Diplomatie bleibt der Nahe Osten Krisenherd, gekennzeichnet von Rassismus, Not und Kriegsgefahr. Die Armut in absoluten Zahlen ist in den palästinensischen Gebieten deutlich größer als in Israel, doch die Schere

über 30%. Das soziale Gefälle besteht nicht nur zwischen israelischen JüdInnen und israelischen PalästinenserInnen, sondern auch zwischen den vielfältigen jüdischen ImmigrantInnen-Gruppen. Ebenso wächst in Palästina die Unzufriedenheit mit der "eigenen" Verwaltung. Nicht

tenz abspricht. Genau das geschieht durch eine Reihe von Organisationen sowohl in Israel als auch Palästina. Doch es gibt keine "Kollektivschuld"; weder von JüdInnen in Bezug auf die Verbrechen des israelischen Staates noch von PalästinenserInnen aufgrund des Treibens an-

gegenwärtig eine Umwälzung durch Massenbewegungen. Die Entstehung von unabhängigen Organisationen der ArbeiterInnen ist überall notwendig.

In Israel kämpft die Schwesterorganisation der SLP ("Bewegung Sozialistischer Kampf"; Tnuat Maavak Sozialisti / Harekat Nidal Eshtaraki) gegen Besatzung und Blockade, sowie für die gemeinsamen sozialen Anliegen von ArbeiterInnen. Sie erklärt, warum die PalästinenserInnen ein Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen die Armee-Angriffe haben. Die Aufgabe von SozialistInnen in Palästina muss sein, sich gegen die unsäglichsten Anschläge auf ZivilistInnen in Israel zu stellen, Massenaktionen zur Verteidigung gegen Armee-Angriffe zu organisieren und an die israelischen Massen für eine gemeinsame Lösung von unten zu appel-

lieren. Die Chancen dazu sind da: Unter jüdischen Israelis ist die Besatzung durchaus umstritten. Ein bedeutender Teil lehnt sie ab. Mitunter gibt es gemischte Gefühle, da das eigene Sicherheitsbedürfnis von der Regierung permanent mit der Unterdrückung der PalästinenserInnen gleichgesetzt wird. Dementsprechend muss eine neue palästinensische Massenbewegung auch diesem Gefühl Rechnung tragen.

Eine der zentralen Forderungen von "Bewegung Sozialistischer Kampf" ist jene nach einer sozialistischen Föderation mit Selbstbestimmungsrecht für alle: Für ein sozialistisches Israel neben einem sozialistischen Palästina als Teil einer freiwilligen Föderation des Nahen Ostens, mit dem Recht aller Flüchtlinge auf Rückkehr und demokratischen Rechten für jede Minderheit.

Franz Neuhold

Die Lage in den palästinensischen Gebieten ist katastrophal. Ebenso wächst in Israel die Armut.

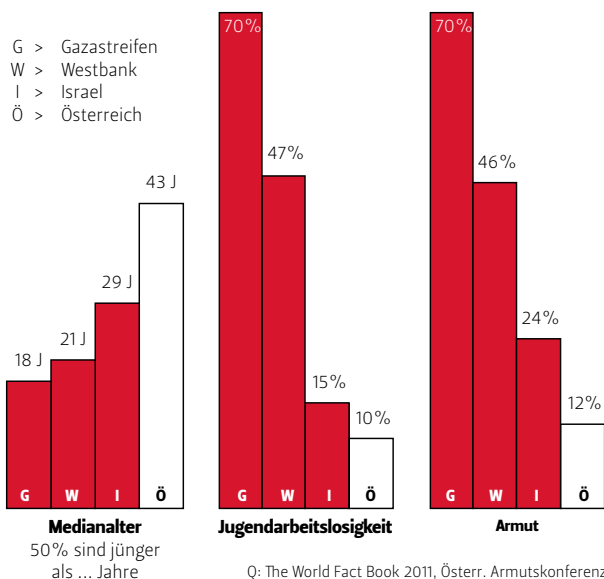
zwischen Reich und Arm geht da wie dort auseinander. Die Reallöhne in Gaza und der Westbank sanken in den letzten vier Jahren um ca. 30%. In Israel leben offiziell 25% unterhalb der Armutsgrenze.

Schon seit Jahren sinkt in Israel das Vertrauen in Regierung und Staat. Seitdem nehmen soziale und politische Proteste zu (siehe folgende Seiten). Die Zustimmung für Premierminister Netanjahu liegt knapp

nur, dass wesentliche Teile der Palästinensischen Autonomiebehörde korrupt sind. Keine der großen Parteien kann mit ihrer Strategie einen Ausweg anbieten.

Als SozialistInnen lehnen wir jede Politik ab, die einem Teil der Bevölkerung aufgrund von ethnischem Hintergrund, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Glaube das Recht auf Selbstbestimmung oder gar Exis-

tisemitischer Hamas-FunktionärInnen. Statt Kollektivschuld gibt es ein Existenzrecht für Alle! Entscheidend ist die Klassen-Zugehörigkeit. Wer reich ist, kann es sich letztlich überall richten. Wer arm ist und für seinen Lebensunterhalt kämpfen muss, braucht Solidarität und wird diese im Eigeninteresse auch geben. Ethnische Grenzen verlieren dabei an Bedeutung. Der gesamte Nahe Osten erlebt

Die soziale Situation im Nahen Osten**Kurze Zeittafel zum Konflikt in Israel und Palästina:**

- **1930er:** Wachsende Einflussnahme des Imperialismus im Nahen Osten und Entwicklung des Zionismus (jüdisch-nationalistische Bewegung). Der Antisemitismus in Europa, gipfelnd in der Shoa (Holocaust) und die Abweisung von JüdInnen an den Grenzen der meisten kapitalistischen Staaten führen weltweit zu einer Stärkung des Zionismus.
- **1948:** Staatsgründung Israels auf Basis einer Massenvertreibung von PalästinenserInnen im Ersten Nahost-Krieg von 1947-49 ("Nakba" = Katastrophe). Entstehung von Flüchtlingslagern in den umgebenden Ländern, die bis heute bestehen.
- **1967:** Sechstagekrieg (3. Arabisch-Israelischer Krieg); als Folge besetzt Israel unter anderem Gaza, die Westbank, Ostjerusalem sowie die syrischen Golanhöhen.
- **1987/88:** Erste Intifada (Aufstand) der palästinensischen Massen, da die Politik der PLO (größte politische Organisation in Palästina bzw. deren Dachverband) mit einem Mix aus Terroranschlägen und abgehobener Diplomatie in eine Sackgasse führt. Demos und Streiks bringen konkrete Erfolge.
- **1991-94:** Oslo-Friedensprozess; Großaufgebot der globalen bürgerlichen Diplomatie mit Vertragsabschluss 1994. Löst keines der grundlegenden Probleme. Wird seit 2000 als endgültig gescheitert betrachtet.
- **2000:** Zweite Intifada und Aufstieg der reaktionären Hamas; läutet erneut eine Phase individual-terroristischer Anschläge gegen Ziele in Israel ein, die es den Herrschenden erleichtern, die legitimen Ziele der palästinensischen Befreiung als Gefahr für israelische JüdInnen darzustellen. In Folge mehrere Bombardements v.a. des Gazastreifen und gezielte terroristische Aktionen der israelischen Armee.
- **2006-09:** Konflikte zwischen den größten politischen Parteien in den palästinensischen Gebieten, Fatah und Hamas, eskalieren. In Folge israelische Blockade gegen Gaza und Luftkrieg 2008/9. Parallel dazu Aufstieg extrem rechter Parteien in Israel.
- **2008:** Wirtschaftskrise trifft Israel voll.
- **2011:** Massenproteste im Nahen Osten und Nordafrika läuten eine neue Ära ein. Ansätze einer dritten Intifada in Palästina, die wieder auf Massenaktionen bauen könnte. Klassenkämpfe und soziale Proteste nehmen auch in Israel zu.

Was können Massenbewegen?

Millionen von PalästinenserInnen leben in Israel, in Ghettos in Syrien, dem Libanon und Jordanien sowie in den beiden voneinander getrennten Territorien der Westbank und dem Gazastreifen am Mittelmeer. Die Lage dort ist mitunter verzweifelt. Der

niert? All dies sind unmittelbare Folgen der Blockadepolitik. Der Kampf für ein besseres Leben der PalästinenserInnen bedeutet nicht, dass JüdInnen in Israel dadurch zu leiden haben müssen. Im Gegenteil: es ist vielmehr anzunehmen, dass wenn in Paläs-

ten im Regelfall wieder nur Zivilpersonen in Israel zu tragen. Doch die Phase der "Al Aqsa-Intifada" ist möglicherweise bereits vorbei. Eine neue Bewegung, basierend auf Massenaktionen kann dem "arabischen Frühling" folgen. In der heranwach-

In Nordafrika stürzen Diktaturen durch Massenbewegungen. Das hat auch Auswirkungen im Nahen Osten.

Luftkrieg der Israelischen Armee in der "operation castlead" 2008-09 ist anhand tausender zerstörter Gebäude heute noch sichtbar. Seitdem hat sich die Lage durch die Blockade seitens des israelischen Staates verschärft. Doch dadurch wird das Leben der Menschen in Israel nicht besser. Im Gegenteil. Dort engagieren sich immer mehr, internationalen Trends folgend, in Protestbewegungen.

Die erneut brutale Reaktion des israelischen Staates auf die internationale Gaza-Flottille (siehe Bericht auf www.slp.at) vom November 2011 zeigt, wie sehr er sich bemüht, ein Bedrohungs-Szenario aufrechtzuerhalten. Dabei bestand keinerlei militärische Bedrohung durch die Flottille. Ihr Ziel war und ist, Hilfsgüter abzuliefern. Warum sollte das für die Menschen in Israel gefährlich sein? Wem nützt es, wenn in Gaza ein grundlegender Mangel an sauberem Trinkwasser herrscht und das Abwassersystem nicht funktio-

tina Verbesserungen (v.a. durch Massenbewegungen) erkämpft werden, der Einfluss von Hamas & Co. zurückgedrängt werden kann. Gleichzeitig kann eine Brücke zu den sozialen Protesten in Israel gebaut werden.

Der Aufstieg von individual-terroristischen und reaktionär-antisemitischen Organisationen wie der Hamas war eine Folge der Situation nach dem Zusammenbruch des Stalinismus sowie einer Serie von Fehlern politischer Kräfte und der Korruption der bürgerlichen Eliten in Palästina. Für die Herrschenden in Israel ist eine starke Hamas insofern von Vorteil, als dass sie es dadurch relativ leicht hat, die Anliegen der PalästinenserInnen als Terrorismus abzutun und ihre eigene Position in Staat und Militär abzusichern. Die Folgen der aggressiven Politik, die von der israelischen Armee exekutiert wird, haben neben den Opfern in den besetzten Gebie-

senden Generation wird angesichts der fehlenden Fortschritte durch die Hamas-Politik der Wunsch nach einer neuen politischen Kraft wachsen. Diese kann auf der Basis zunehmender sozialer Widersprüche an ArbeiterInnen in Israel appellieren, eine gemeinsame Lösung des Nahostkonfliktes zu entwickeln. Wir stehen vielleicht vor Beginn einer solchen 3. Intifada.

Die ArbeiterInnenklasse in Israel gibt deutliche Lebenszeichen von sich. Am 7. November fand ein Generalstreik statt. Er richtete sich gegen Auslagerungen von Arbeitsverträgen, die v.a. im Öffentlichen Dienst und Bildungswesen Löhne und Arbeitsbedingungen drücken. Der Gewerkschaftsbund Histadrut war zu diesem Schritt gezwungen, obwohl er üblicherweise sozialpartnerschaftliche Unterwürfigkeit praktiziert. Die Situation ist aufgrund von Kurzzeit-Verträgen und Anstellung über Agenturen für Beschäftigte in Is-



rael im OECD-Vergleich am schlimmsten. 300.000 sind direkt betroffen.

Doch das war nur einer von vielen Arbeitskämpfen: Im Frühjahr streikten 10.000 SozialarbeiterInnen (sowohl jüdische als auch israelisch-palästinensische). Sie nahmen

ativen wie "Power to the Workers" spielt die "Bewegung Sozialistischer Kampf" (Tnu'a't Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki). Ihre AktivistInnen versuchen, die einzelnen Ansätze der Unzufriedenheit in eine generell antikapitalisti-

keit" 300.000 Menschen auf der Straße. Dieses Ergebnis wird kurz danach noch übertroffen: am 3. September erreichten die Demos in Tel-Aviv, Jerusalem und Haifa zusammen über 430.000. Der Chefs des Histadrut, Ofer Eyni, sorgte sich letztlich

Die sozialen Proteste in Israel können ein Bindeglied zu Protesten der PalästinenserInnen werden.

Bezug auf den Tahrir-Platz in Kairo und die Bewegung in Libyen. Einen Streik bei der Eisenbahn gegen Privatisierungspläne gab es im Sommer. In Haifa zog sich ein Streik der Chemie-Arbeiter ab Mai über mehrere Monate. Man wandte sich gegen die Spaltung in der Belegschaft aufgrund von Unterschieden in den Arbeitsverträgen sowie für höhere Löhne. Um nicht von einer bürokratischen Gewerkschaftsführung blockiert zu werden, trat man einem kämpferischen Verband bei, "Power to the Workers". Bei Haifa Chemical Inc. arbeiten JüdInnen, AraberInnen und DrusInnen. Es war ein klares Signal in diesem Streik, dass die Ziele der ArbeiterInnen nur gemeinsam erreicht werden können. Dies sind Vorlagen für eine völlig andere Art von Politik, die sich nicht am Dogma der kapitalistischen Marktwirtschaft mit ihrem "Teile und Herrsche" orientiert.

Eine bedeutsame Rolle in diesen Streiks und Initi-

sche Richtung zu entwickeln. Dazu gehört auch, es nicht bei einmaligem Demonstrieren zu belassen. Nur landesweit koordinierte Arbeitsniederlegungen werden letztlich die Regierung zu Zugeständnissen zwingen.

Im August entfaltete sich sodann in Tel-Aviv und anderen Städten eine jugendlich geprägte Bewegung für soziale Gerechtigkeit, vor allem gegen zu hohe Wohnkosten. Premier Netanjahu meinte noch einige Wochen zuvor, dass es in Israel als einzigem Land des Nahen Ostens keine solchen Proteste gäbe, weil es wirtschaftlich so stabil und demokratisch sei. Dieser Einschätzung stehen nun zahlreiche Demorufe wie "Mubarak - Assad - Netanjahu" gegenüber.

Ausgelöst durch den Aufbau einer Zelt-Siedlung auf einer Einkaufsstraße in Tel-Aviv, wuchs eine vielschichtige Bewegung. Am 6. August gingen unter der Forderung nach "sozialer Gerechtig-

darum, dass die Demonstrationen die Regierung zu Fall bringen könnten.

Auch die palästinensische Frage war in diesen Protesten präsent. Es gab heftige Auseinandersetzungen darüber, inklusive Gewalttätigkeiten rechter Gruppen, wie AktivistInnen von "Bewegung Sozialistischer Kampf" berichteten. Grundsätzlich bietet jede soziale Bewegung die Chance, eine multi-ethnische Perspektive gegen die Blockade und für eine sozialistische Lösung des Nahost-Konflikts aufzubauen.

Eine neue Friedens- und ArbeiterInnen-Bewegung in Nahost ist möglich. Sie kann aus den sozialen Protesten entstehen, welche die kommenden Jahre prägen werden. Das CWI in Form seiner Schwesterparteien überall und im Besonderen in Israel/Palästina sowie die AktivistInnen im Libanon treten für ein sozialistisches Programm ein, das nicht an den Grenzen von Nation halt macht. **Franz Neuhold**

Marx aktuell

„Das Proletariat muss die Freiheit der politischen Abtrennung der von 'seiner' Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern...Andererseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen.“

V. I. Lenin, aus: „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“

Im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, sind viele, v.a. neokoloniale Länder, nicht selbstbestimmt. Die imperialistischen Staaten investieren dort Kapital, sorgen für ihnen genehme Regime und schüren ethnische und religiöse Konflikte, um diese Länder besser ausbeuten zu können. Inner-

Selbstbestimmung gegen kapitalistische Unterdrückung

halb von Staaten leben Bevölkerungsgruppen, die im Kampf gegen Unterdrückung ihr Selbstbestimmungsrecht einfordern, wie die KurdInnen, die TamilInnen, die PalästinenserInnen etc. Nationalstaaten entsprechen den Interessen der KapitalistInnen (sie brauchen sie zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen andere Unternehmen sowie gegen die ArbeiterInnen), nicht denen der ArbeiterInnen. Aus marxistischer Sicht – d.h. von einem „Klassenstandpunkt“ aus – kann die nationale Frage deshalb nicht von der sozialen Frage getrennt werden. Die ArbeiterInnenklasse der unterdrückenden Nation profitiert nicht von der Unterdrückung. Nationalismus wird dort von den Herrschenden als Instrument für Sozialabbau und Lohndruck gebraucht. Hingegen entsteht der Nationalismus der ArbeiterInnen der unterdrückten Nation oder Volksgruppe aus dem Kampf gegen soziale Misere und Ausbeutung. Auch wenn wir als MarxistInnen nicht FÜR Staaten oder Nationen sind, verteidigen wir daher das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, insbesondere dort, wo die Massen der ArbeiterInnen im Kampf gegen Unterdrückung ihre eigene Nation verlangen. Lenin hat das zaristische Russland als Völkergefängnis bezeichnet und die junge Sowjetunion entstand als freiwilliger Zusammenschluss (das änderte sich unter Stalin).

Letztlich kann dieses Selbstbestimmungsrecht nur in einem Staat erfolgreich sein, der nicht von einem anderen, imperialistischen Staat dirigiert wird und der von der ArbeiterInnenklasse regiert wird. Allein die Staatsgründung im Rahmen des Kapitalismus reicht nicht. Es bedarf einer sozialistischen Lösung, eines gemeinsamen Kampfes der ArbeiterInnenklasse des unterdrückten und des unterdrückenden Staates gegen ihre jeweilige herrschende Klasse. Dieser Klassenkampf wirkt dem Nationalismus entgegen. Gleichberechtigte, selbstbestimmte, sozialistische Staaten können dann eine freiwillige Konföderation eingehen.

„Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. ...In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“

Marx/Engels, aus „Manifest der Kommunistischen Partei“ **Helga Schröder**



Paul Murphy, Abgeordneter zum Europäischen Parlament für die Socialist Party (CWI Irland), bei seiner Rede in Gaza.

Israel oder Palästina? Nicht Nation, sondern Klasse!

Der Nahe und Mittlere Osten sind im Umbruch. Die revolutionären Bewegungen verändern die Position Israels in der Region. Mit Mubarak wurde ein treuer Verbündeter gestürzt. Auch in Israel formiert sich eine sozia-

zeitig werden Rechtsextreme wie Martin Graf in hohen Ämtern hofiert. Die Millionen Opfer der Shoah werden in zynischer Weise zur Rechtfertigung von Kriegsverbrechen und Unterdrückung missbraucht.

wohl die PalästinenserInnen als auch die Israelis als homogene „Nationen“, die es jeweils als eben solche zu unterstützen gilt. Beides sind nur andere Seiten derselben kapitalistischen Medaille. Sie führen zu kruden „Bündnissen“

Kampf sollte gegen ihn geführt werden anstatt die ArbeiterInnen auf ein „nationales“ Ziel zu orientieren. Der Holocaust und die Suche von JüdInnen nach einem sicheren Land wurde auch von der britischen herrschenden Klasse (die die Grenzen für JüdInnen weitgehend verschloss) genutzt um in Form des neuen Staates Israel einen Brückenkopf in der Region zu sichern. Die Situation stellt sich allerdings heute anders dar, da Israel seit über 60 Jahren ein existenter Staat ist und der größte Teil der israelischen Bevölkerung in Israel geboren ist und ebenso ein Recht darauf hat das Land ihre Heimat zu nennen wie die PalästinenserInnen.

Die israelische herrschende Klasse ist abhängig von der Besetzung der PalästinenserInnengebiete, von Krieg, Unterdrückung und der Ausbeutung der Massen beiderseits der Mauer. Die Eliten von Hamas und Fatah sind nicht bereit den ArbeiterInnen und Armen in den von ihnen kontrollierten Gebieten auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Es gilt jene

zu organisieren, die Interessen an sozialer Gerechtigkeit und Frieden haben: die ArbeiterInnenklasse und Jugend, und zwar über ethnische und religiöse Grenzen hinweg.

Die SLP hat in Israel/Palästina eine Schwesterorganisation. Vor Ort kämpfen wir für die Einheit der ArbeiterInnenklasse und der Jugend sowohl gegen Besatzung und Unterdrückung als auch gegen die palästinensische und israelische Führung. Dafür ist eine internationale Kampagne notwendig. Der EU-Abgeordnete der irischen Schwesterpartei der SLP Paul Murphy beteiligte sich gemeinsam mit israelischen und palästinensischen AktivistInnen an der Gaza-Flotte um die Blockade zu brechen. Letztlich wird die Frage allerdings vor Ort entschieden. Die palästinensische und israelische ArbeiterInnenklasse und Jugend kann und wird mit Krieg, Ausbeutung und Besatzung Schluss machen und die jeweiligen „nationalen“ Eliten auf den Misthaufen der Geschichte befördern, ebenso wie deren westliche „FreundInnen“. **Jan Rybak**

Von allen Seiten werden nationale „Lösungen“ angeboten. Doch die Klassenfrage ist zentral!

le Bewegung die bis zu einer Million Menschen (bei 7,8 Mio. EinwohnerInnen) auf die Straße brachte. Der Antrag der PalästinenserInnen zur Aufnahme in die UNO bringt die Frage von Israel/Palästina wieder auf die Tagesordnung.

Die österreichische Delegation hat für die Aufnahme Palästinas in die UNESCO gestimmt. So weit ist „Solidarität“ mit den Forderungen der PalästinenserInnen im offiziellen Rahmen scheinbar möglich. Grundsätzlich standen und stehen die österreichischen Regierungen immer treu an der Seite Israels. Dahinter stehen konkrete wirtschaftliche und Machtinteressen. Argumentiert wird mit „historischer Verantwortung“. Gleich-

Teile der „Linken“ lehnen den Staat Israel ab. Andere sprechen sich für bedingungslose Solidarität aus. Beiden liegt derselbe Fehler zu Grunde. Vom Staat selbst wird ein eins-zu-eins Rückschluss auf die Bevölkerung gezogen. Die Klassenspaltung und Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft werden „übersehen“ oder ihre Existenz sogar geleugnet. Die implizite Folge davon ist, die israelische Bevölkerung und die Herrschenden gleichzusetzen und einen homogenen Block herbei zu phantasieren. Beide „Seiten“ sind unfähig oder nicht willens die sozialen Massenproteste in Israel zu analysieren und ernsthaft zu unterstützen. Beide sehen letztlich so-

(mit der israelischen Armee bzw. der Hamas).

Auch die herrschende Elite in Gaza beutet den Wunsch der PalästinenserInnen nach sozialer Gerechtigkeit, Frieden und demokratischen Rechten aus um ihre kapitalistisch-islamistische Agenda durchzusetzen. Gleichzeitig treibt jede Bombe der israelischen Luftwaffe verzweifelte Menschen in die Arme der Islamisten.

Historisch hat die ArbeiterInnenbewegung (darunter der größte Teil der jüdischen ArbeiterInnenbewegung) die Gründung eines jüdischen Staates abgelehnt. Der Kapitalismus wurde als Grundlage für das Entstehen von Antisemitismus erkannt. Der

Kämpfen statt nur beschließen!?

Die „Mitbestimmung“ der SchülerInnen hat nichts mit einem Mitspracherecht bezüglich Schulbudget oder Unterrichtsmittel zu tun. Auch SchülerInnen selbst glauben oft einE SchulsprecherIn könne nur Sportfeste, Clubbing und Schulbälle organisieren.

Tatsächlich lässt sich dieses Amt sehr politisch nutzen! Von Anfang an als ausdrücklich linker SchulsprecherIn aufzutreten ist das beste Mittel, um politische Ideen und Kampagnen gemeinsam mit MitschülerInnen zu entwickeln und für Proteste aufrufen zu können.

Von allen Seiten wird probiert, die politische Relevanz von SchülerInnen so klein zu reden wie möglich. Auch die LandesschülerInnenvertretung (LSV), bewegt sich nur in genau ebendiesem, eng abgesteckten Rahmen. Doch SchülerInnen sind politischer als es der Regierung lieb ist: Der Schulstreik gegen die Abschiebung einer 14-jährigen AHS-Schülerin, zu dem letztlich sogar die LSV aufgerufen hat, war erfolgreich und konnte die Abschiebung verhindern.

Auch das SchülerInnenparlament (SiP) ist ein Paradebeispiel für die Scheindemokratie, die der SchülerInnenvertretung zuteil wird. SchulsprecherInnen aus ganz

Wien kommen motiviert zusammen, um zu diskutieren, über Anträge abzustimmen und Beschlüsse zu fällen. Nur muss sich niemand an diese halten.

Trotzdem nützen wir als SozialistInnen diese uns gebotene Chance um sozialistische Ideen zu präsentieren und an politisch interessierte SchülervertreterInnen anzuknüpfen. Im SiP am 16.11. wurde der Antrag zu einem Abschiebestopp von SchülerInnen zum allerersten Mal angenommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch der angenommene Antrag alleine wird nichts bewirken. Konkret wird es bei aktuellen Fällen wie Denis und seiner Schwester. Beide sind SchülerInnen und von Abschiebung bedroht. Gemeinsam mit den SchulsprecherInnen-Teams an ihren Schulen organisiert die SLP eine Kampagne um sie zu verteidigen. So sind inzwischen hunderte SchülerInnen in der Kampagne aktiv! Mit Aktionen und Unterschriften versuchen sie ihre MitschülerInnen zu schützen. Hier müssen LSV und SiP sich einbringen und helfen Solidarität von anderen Schulen zu organisieren! Doch die reale Politik wird außerhalb der scheindemokratischen Strukturen von SiP und SGA gemacht.

Simon Nagy



Schulversammlung an der AHS Maroltingergasse beschließt gegen die Abschiebung eines Mitschülers vorzugehen.

Hasta la Victoria!

Seit Juni 2011 gibt es in Chile eine große Protestbewegung für freie Bildung für alle. Es gab Schul-

Generalstreiks, zu denen auch die Gewerkschaft auf Druck der Bewegung aufgerufen hatte.

von der Polizei ausgeht. Am 6. Oktober wurde eine Versammlung von Protestierenden von Polizisten

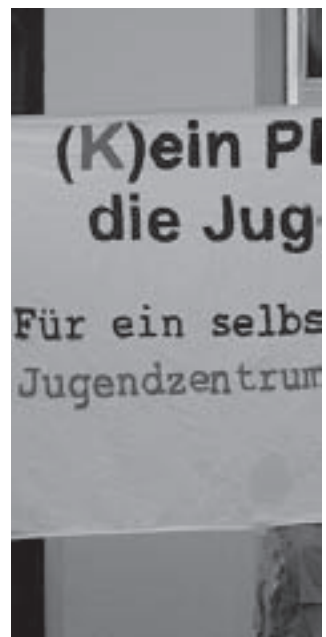
Chile – einst das neoliberale Modell in Lateinamerika – heute das Zentrum des Widerstands.

streiks, Universitäten und Gymnasien wurden besetzt. Auch LehrerInnen und ArbeiterInnen unterstützen die Proteste. Am 30. Juni demonstrierten 500.000 Menschen – der größte Protest seit 30 Jahren. Im Juli kam es zu Streiks der KupferarbeiterInnen und in den Häfen gegen die brutale Privatisierungspolitik der Regierung. Am 24. und 25. August gab es

Die Regierung Pinera geht mit extremer Brutalität gegen die Studierenden vor. Den traurigen Höhepunkt gab es bei den Protesten im August, bei denen ein 16-jähriger von den Behörden erschossen wurde. Über die Medien versucht die Regierung die Proteste als gewalttätig darzustellen – erfolglos. Nach Jahrzehnten Diktatur wissen die Menschen, dass die Brutalität

zu Pferd mit Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst. 250 DemonstrantInnen wurden festgenommen. Immer noch steht ein Großteil der Bevölkerung hinter den Protesten. Pinera wird nur noch von 22% unterstützt. Das ist ein historischer Tiefpunkt. Ein Ende der Proteste ist nicht abzusehen, ein Ende von Pinera erwünscht.

Samuel Schwaiger



Wien Meidling: Her mit dem Jugendzentrum!

Freizeit außer Haus und ohne Konsumzwang verbringen? Besonders im Winter für Wiener Jugendliche kaum möglich. Jugendzentren sind Mangelware, oft sind sie nicht auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingerichtet. Dagegen tun nun in Meidling Jugendliche gemeinsam mit AnwohnerInnen etwas. Ismail und Brigitte Kilic stellten ihren kleinen Lebensmittelladen zur Verfügung, um ca. 50 Jugendlichen zumindest für

eine kurze Zeit so etwas Ähnliches wie ein Jugendzentrum bieten zu können. Nun wurde eine Unterschriftenkampagne für ein Jugendzentrum in ihrer Nähe gestartet. Das ist ein guter Schritt. Durch eine Bezirksdemo gemeinsam mit AnrainerInnen können wir noch mehr Druck aufbauen. In einem künftigen Jugendzentrum sollten Jugendliche selbst bestimmen, wie Öffnungszeiten, Programm und „Hausordnung“ sind!

Fundstück des Monats



Strache und der Banker: Gerne wettet die FPÖ gegen die Raiffeisenbank („Giebelkreuzregime“). Dass das alles nur Propaganda ist, macht HC klar, wenn er mit Raiffeisen-OÖ-Chef Scharinger, der als einer der einflussreichsten Banker Österreichs gilt, posiert. Mit solchen Leuten hatte die FPÖ eh nie ein Problem.



Jarrow 2011: Jugend fordert Zukunft!

Am 1. Oktober versammelte sich eine Gruppe von Jugendlichen in Jarrow im Norden Englands nahe Newcastle upon Tyne und wartete nervös, ob andere ihrem Aufruf zum Protest folgen würden. Fünf Wochen später kamen sie in London an – unter dem

Britannien im Jahre 2011 ist kein guter Ort um jung zu sein. Eine Million Jugendliche sind Arbeitslos. Studienbeihilfen wurden gestrichen, Studiengebühren dagegen verdreifacht. Jugendzentren werden geschlossen. Jugendliche müssen aufgrund der

rendenbewegung 2010/11 hat gezeigt, dass dort, wo es organisierte Proteste gibt, sich Jugendlichen zu Tausenden anschließen. Der Jarrow March hatte es Jugendlichen ermöglicht, der Wut einen organisierten Ausdruck zu verleihen.

cher mit Tee versorgte und wie stolz die Familie darauf war. Ein Mann hat uns erzählt, dass sein Großvater 1936 von der Polizei verprügelt worden war, als er für die Marschierenden einen Schlafplatz organisieren wollte. ArbeiterInnen einer Fabrik, die geschlossen worden war, haben unsere Spende abgelehnt mit den Worten „Ihr braucht das dringender – wir wollen euch unterstützen“. Die historische Natur des Marsches war es auch, die die Aufmerksamkeit der Medien brachte. Jede Fernsehstation und Tageszeitung hat über den Marsch berichtet. Wir waren diejenigen die befragt wurden, wenn es um Jugendarbeitslosigkeit ging!

Der Jarrow March hatte fünf simple Forderungen: Die Regierung muss echte Jobs schaffen, die Studienbeihilfe wieder einführen und Studiengebühren abschaffen, leistbare Wohnungen bauen und Jugendzentren dürfen nicht geschlossen sondern müssen ausgeweitet werden. Natürlich kam von der Regierung ein kategorisches Nein – das Land sei pleite und die Forderungen unrealistisch und überzogen.

Aber das hat nur unterstrichen: Wenn der Kapitalismus sich keine Zukunft für die Jugend leisten kann, dann können wir uns dieses System nicht leisten! Unsere Antworten sind Vermögensbesteuerung, Verstaatlichung und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Um diese Forderungen umzusetzen, müssen wir eine Massenbewegung aufbauen – und wir müssen die Kämpfe der Jugend mit jenen der ArbeiterInnenklasse verbinden. Denn sie hat allein die Macht, die Gesellschaft zu verändern. Umso wichtiger war es, dass der Jarrow March die Unterstützung verschiedenster Gewerkschaften hatte. Viele GewerkschafterInnen waren besorgt um die Zukunft ihrer Kinder. Der Jarrow March kann, gemeinsam mit dem Generalstreik im öffentlichen Dienst am 30. November, eine Brücke zwischen den besten Traditionen der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend sein.

Von Sean Figg,
Jarrow Marcher
Britannien

www.socialistparty.org.uk

Der „Jarrow March for Jobs 2011“ hat ein wichtiges Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit gesetzt.

Jubel von Tausenden und einigem Medienaufsehen.

Der „Jarrow March for Jobs 2011“, organisiert von Youth Fight for Jobs (YFJ), hat ein wichtiges Zeichen gesetzt. Er kann Bezugspunkt für eine neue Generation werden, die keine Wahl hat, als für ihre Zukunft zu kämpfen. Der Jarrow March knüpft an die Tradition der „Jarrow Crusade“ von 1936 an, einem Arbeitslosenmarsch von Jarrow nach London. Im Nordosten Englands ist dieser Marsch tief im kollektiven Gedächtnis der ArbeiterInnenklasse verankert. Nachkomme eines Jarrow Marchers zu sein, ist etwas, worauf die Menschen stolz sind – wie die jungen Jarrow Marcher 2011 feststellen konnten.

Wohnungsknappheit ihren Start ins Erwachsenenleben mit einer eigenen Wohnung verschieben. Gleichzeitig regiert eine kleine Elite über ein System, das Jugendliche zur Arbeitslosigkeit verdammt, bevor sie ihr Arbeitsleben überhaupt begonnen haben.

Bei den Unruhen im August ist die enorme Wut unter Jugendlichen explodiert. Ihnen wird der Zugang zu Jobs, Bildung und Jugendeinrichtungen verwehrt und sie werden von der Polizei drangsaliert. Randalieren ist keine Lösung, aber wenn es keinen organisierten Widerstand gibt, kann es neue Unruhen geben. Widerstand ist möglich – die Studie-

Die Jarrow Marcher haben pro Tag 10–15 Meilen (16–24 km) zurückgelegt. Es war genau dieses Marschieren, das die Herzen der Menschen erreicht hat – es zeigte unsere Entschlossenheit. Wir haben enorme Unterstützung erfahren – von Gewerkschaften wie der PCS (eine linksdominierte Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst), von Jarrow-VeteranInnen und AnrainerInnen. Uns wurde auf der Straße zugejubelt. Die PCS hat ein Mitglied abgestellt, das uns medizinisch betreute. Jugendliche haben sich spontan angeschlossen. Von AnrainerInnen wurden wir mit Essen versorgt. Eine Frau hat uns Tee gebracht und uns erzählt, dass ihre Großmutter bereits 1936 die Jarrow Mar-

Ägypten: Zweite Revolution!?

Von 20.–27. November kam es in Ägypten zu den größten Demonstrationen seit dem Sturz Mubarak im Februar. Millionen Menschen gingen auf die Straße und forderten ein Ende von Unterdrückung und Militärherrschaft. Nach der Vertreibung Mubarak übernahm das Militär ganz offen die Macht, verschärfte die Notstandsgesetze und hat Streiks und Demonstrationen verboten. Trotzdem gab es immer wieder riesige Demonstrationen, vor allem im Sommer. Im September kam es zu massiven Streiks für einen besseren Lebensstandard und demokratische Rechte.

Mit dem Beginn der Parlamentswahlen am 28. 11. sind die Demonstrationen abgeflaut. Die Wahlbeteiligung ist hoch, da viele Menschen noch die Hoffnung haben, dass sich durch die Wahlen ihre Lage verbessert. Viele stehen der Wahl aber auch skeptisch gegenüber. Sie lehnen zu Recht alle Parteien ab, die direkt oder indirekt mit den Militärs kooperieren. Dies hat sich auch während der jüngsten Demonstrationen gezeigt, bei denen 40 Menschen getötet und über 3000 verletzt wurden. DemonstrantInnen rissen Wahlpaket der kandidierenden Parteien herunter. Der Anführer

der Muslimbrüderschaft wurde auf dem Tahir Platz ausgebuht und vertrieben. Die großen Parteien stehen fest auf dem Boden des Kapitalismus und vertreten letztlich die Interessen des nationalen und internationalen Kapitalismus. Sie haben keine Lösungen für die Probleme. Dafür ist der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer demokratisch geplanten Wirtschaft nötig. Nur die ÄgypterInnen selbst können das erreichen. Die Ausweitung der Demonstrationen und vor allem der Streiks ist dazu nötig. In den letzten Monaten haben sich neue demokratische Strukturen entwickelt. Demokratisch organisierte Komitees auf allen Ebenen, in den Unternehmen und Stadtteilen bis zur nationalen Ebene sind der notwendige nächste Schritt. So können die Menschen Entscheidungen selber treffen. Streik- und Betriebskomitees bilden die Basis für einen Generalstreik, der das Militär stürzen kann. Eine Regierung der ArbeiterInnen und Armen, gebildet und kontrolliert durch die demokratischen Komitees könnte anfangen, die Wirtschaft so zu organisieren, dass die Mehrheit davon profitiert und nicht eine kleine Minderheit.

Georg Kumer



Die Verfassung zur Krise

Anfang 2012 tritt die neue Verfassung in Kraft. Die rechtspopulistische Fidesz-Regierung bezieht sich schon in der Einleitung positiv auf Gott und

Gerade wurde Ungarn von einer Ratingagentur herabgestuft, die Krise hat voll getroffen. Harte Kürzungen stehen an. Widerstand dagegen soll

zu Angriffen auf linke Demonstros, Jüdinnen/Juden und Roma. Trotz oberflächlicher Konkurrenz lässt die Regierung sie gewähren: Solange die einzige spür-

Die neue ungarische Verfassung: Ein Angriff auf Roma, Demokratie und ArbeiterInnen

die mit Hitler verbündete Horthy-Diktatur und damit ein wiederherzustellendes Groß-Ungarn.

Pressefreiheit und Demokratie werden beschnitten: Künftig kann ein nicht-gewählter Rat der Zentralbank das Parlament auflösen, sollte es ein „Stabilitäts gefährdendes“ Budget verabschieden. Der Rat wurde Fidesz-freundlich besetzt. Fidesz zementiert seine Macht ein.

unterdrückt werden und die neue Verfassung dabei helfen. Wichtiger Bestandteil ist der Rassismus: die faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes wird mit angeblich „faulen Roma“ gerechtfertigt. Und das Streikrecht radikal beschnitten.

Bei der Unterdrückung von Protesten helfen die neofaschistische „Jobbik“ und ihre Schläger „Gárdá“. Regelmäßig kommt es

bare „Opposition“ gegen sie auch von Rechts kommt, hat sie nichts zu befürchten.

Doch seit knapp einem Jahr regt sich echter Widerstand. Nach Gewerkschaftsdemos und Streiks gehen auch junge Leute auf die Straße. Daraus können neue linke Strukturen entstehen, die Orban wirklich herausfordern können.

Tilman M. Ruster

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Australien: Erfolgreicher Streik

Mitte November streikten die ArbeiterInnen des größten Geflügelproduzenten Australiens 13 Tage lang. Es ging um Lohnerhöhungen, Kündigungsschutz, Verbesserungen beim Arbeitsschutz und gegen alltägliche Drangsalierungen. Die Socialist Party (CWI in Australien) stand mit an den Streikposten. Beeindruckend war die Entschlossenheit der vor allem migrantischen ArbeiterInnen, die den Angriffen von Se-

curity und Polizei trotzen. Der Streik erreichte eine 4 % Lohnerhöhung, gleichen Lohn und fixe Anstellung nach sechs Monaten für die vielen prekär Beschäftigten und mehr Rechte für Betriebsrat und Gewerkschaft. Der Streik war erfolgreich obwohl die Gewerkschaft NUW v.a. auf Medienwirksamkeit achtete und über die Köpfe der Streikenden agierte.

www.socialistpartyaustralia.org

Generalstreik in Britannien

Am 30. November 2011 beteiligten sich zwei bis drei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Sektors am größten Generalstreik seit 1926. Damit zeigten rund 30 Gewerkschaften ihre Opposition zu geplanten Einschnitten bei den Pensionen. Beschäftigte sollten länger arbeiten, mehr in ihre Pensionsfonds einzahlen und pro Monat weniger Pension bekommen als bisher. So will die Regierung die durch Bankenrettungspakete ent-

standenen Schulden abbezahlen.

Erstmals wurde auch der Gesundheitsbereich bestreikt. 18.000 von 20.000 Schulen blieben zuhause. In Nordirland fuhr keine Busse und Bahnen. Alle staatlichen Behörden wurden bestreikt, auch Gemeindebedienstete beteiligten sich. In jeder Stadt demonstrierten Tausende, allein in Manchester und London jeweils 50.000.

www.socialistparty.org.uk

Wieder Haft

Kasachstan Ende November wurde ein russisches Mitglied des CWI, Georgii Epshtein, in Kasachstan verhaftet. Mit faden-scheinigen Beweisen, erfundenen Zeugenaussagen und ohne das Recht sich zu verteidigen wurde er in fünf Minuten zu zehn Tagen Haft verurteilt. Ein Beispiel mehr, wie das Regime versucht Solidarität zu unterdrücken – denn Georgii unterstützt die linke Opposition in Kasachstan. www.socialismmkz.info



Kein Interesse an Urabstimmung!

Wir haben ein Pro & Contra mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft PRO-GE zur Frage von gewerkschaftlichen Urabstimmungen geplant. Doch Kollege Wimmer lies uns ausrichten, daran bestehe „Kein Interesse“.

Vorurteile über das „österreichische Wesen“

Verschiedenen Nationalitäten werden gerne bestimmte Verhaltensweisen zugeschrieben. So sind die SüdeuropäerInnen angeblich besonders „heißblütig“ (in der Liebe wie in der Politik) und die ÖsterreicherInnen dafür ge-

nen, beengt in miesen Wohnungen hausen oder sich nur billiges, schlechtes Essen leisten zu können. Armut ist nicht absolut, sondern relativ – wird deshalb aber nicht als weniger dramatisch oder stigmatisierend empfunden,

beengt in miesen Wohnungen hausen oder sich nur billiges, schlechtes Essen leisten zu können. Armut ist nicht absolut, sondern relativ – wird deshalb aber nicht als weniger dramatisch oder stigmatisierend empfunden,

„Die Leute sind so obrigkeitshörig.“ Das Vertrauen in die etablierte Politik sinkt in der Alpenrepublik genauso wie überall sonst. Selbst Gebrauchtwagenhändlern

pathien für Neugebauer & Co. haben, sondern weil sie keine Alternative sehen. BürgerInneninitiativen gegen Tiefgaragen, Blockaden gegen Abschiebungen, Proteste gegen Sparpakete – alles Beispiele dafür, dass der herrschenden Propaganda der Obrigkeit nicht geglaubt wird.

„Bei uns gibt's keine Tradition, sich zu wehren.“ Auch hierzulande gibt es eine sehr kämpferische Tradition fernab von Walzerromantik und Weinseligkeit: Eine Revolution der ArbeiterInnen 1848. Streiks gegen den 1. Weltkrieg (1918) und eine revolutionäre Welle für die sozialistische Republik (1918). Bewaffneter Widerstand gegen den (Austro)faschismus (1934). Massenstreiks gegen die Etablierung der Sozialpartnerschaft (1948–51). Wilde Streiks (1970er) und große Bewegungen gegen die Privatisierungspolitik (1980er). Die „Widerstandsbewegung“ gegen blau-schwarz 2000 und die große Streikbewegung 2003 und die Massenproteste durch LehrerInnen, SchülerInnen und Studierende im Bildungsbereich 2009. Es gibt also kein österreichi-

sches Bravheits-Gen. Was es allerdings gibt ist eine Gewerkschaftsführung, die in ihrer staatstragenden Rolle aufgeht und Arbeitskämpfe scheut wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser. Kaum eine Bewegung der letzten 100 Jahre, die nicht von der (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsführung gebremst, gestoppt oder ganz verhindert wurde. Und doch, trotzdem und oft auch dagegen, hat die Wut von ArbeiterInnen immer wieder Ausdrucksformen gefunden. Die absolute Mehrheit hat die MetallerInnenstreiks für „gerechtfertigt“ gehalten, sehr viele wünschen sich, dass ihre Gewerkschaft endlich auch kämpferischer wird. Wo die Tradition tatsächlich fehlt ist bei der unabhängigen Organisation. Perfide ist, dass auch viele „Linke“ mit dem Schreckgespenst der „Spaltung der Linken“ versuchen, Menschen bei der sozialdemokratischen Stange zu halten. Die Hauptaufgabe ist also nicht der Austausch der Gene, sondern das Über-Bord-Werfen alter Vorurteile.

Sonja Grusch

Die ÖsterreicherInnen sind weder besonders gemütlich, brav noch angepasst!

mütlich, brav und angepasst. Damit wird dann gerne „erklärt“, warum es hierzulande weniger Klassenkämpfe und weniger heftige Proteste gibt. Die Vorurteile stimmen nicht – und wo ein Funken Wahrheit existiert, hat es nicht mit genetischer Veranlagung, sondern politischer Tradition zu tun.

„Uns geht's zu gut.“ Die rund eine Million Menschen (12 %), die hierzulande von Armut bedroht sind, sieht das wohl anders. Fast 500.000 sind arm, 300.000 können ihre Wohnung in diesem Winter nicht ausreichend heizen. Armut in Österreich heißt, kaum soziale Kontakte zu haben, sich den Schulschikurs der Kinder nicht leisten zu können.

Falsch ist auch der Gedanke, dass, wenn es nur „wirklich schlimm“ wird, dies die Grundlage für Widerstand wäre. Wäre es so simpel, dann gäbe es in den Hungerregionen Afrikas permanent revolutionäre Erhebungen. Tatsächlich ist extreme Armut sogar ein Hindernis für Widerstand, weil zuerst einmal das unmittelbare Überleben gesichert werden muss. Richtig ist aber, dass Menschen, denen etwas weggenommen wird sich – zu Recht – dagegen wehren. Und das sehen wir auch bei uns. Massenproteste in der Steiermark gegen die geplanten Kürzungen gerade im Sozialbereich und wütende Proteste in Oberösterreich und Wien gegen die jeweiligen „Spitalsre-

wird mehr Vertrauen entgegen gebracht, als PolitikerInnen (nur 9%). Die Stimmung ist wohl eher „die da oben sind doch alle die gleichen Verbrecher“ als „die da oben wissen schon, was sie tun“. Und doch können „die da oben“ weitermachen wie bisher. Das liegt daran, dass es an Alternativen fehlt. Viele LehrerInnen wissen z.B. dass die GÖD-Führung konservative Standespolitik macht. Doch sie wissen auch, dass sie ohne Gewerkschaft noch schlechter dastehen angesichts der geplanten Angriffe der Regierung (Stichwort: Nulllohnrunde und längere Arbeitszeiten). Sie unterstützen daher die GÖD weiter – nicht weil sie an deren Unfehlbarkeit glauben oder irgendwelche Sym-

SLP-Programm genau erklärt:

Faschistische und rechts-extreme Organisationen wie BFI, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Wider-

Die FPÖ liegt in Umfragen aktuell bei 27%. Viele fragen sich ob und wie ein Kanzler Strache wirklich zu verhindern ist. Wir können Strache stoppen – denn immer dann, wenn es zu Klassenkämpfen (Streiks,

den verbreiten. Und dass die FPÖ gegen Streiks ist. Klassenkämpfe sind daher das beste Mittel um die FPÖ zu entzaubern. Aus solchen Streikbewegungen kann auch eine neue politische Alternative zur FPÖ ent-

Der Kampf gegen Rassismus und Rechts-extremismus ist zuallererst ein sozialer Kampf.

stand und den Aufbau einer politischen Alternative! SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

Demonstrationen) kommt, muss die FPÖ Farbe bekennen. Dann muss sie zeigen, auf wessen Seite sie steht – auf jener der Unternehmen. Das hat sich bei den Pensionsstreiks 2003 gezeigt, aber auch bei den jüngsten MetallerInnenstreiks. Bewusstsein entwickelt sich in Kämpfen. Es zeigt sich, dass „In- und AusländerInnen“ dieselben Interessen haben. Dass die Medien Lügen über die Streiken-

stehen. Denn da stellt sich die Frage eines organisierten Ausdrucks der Bewegung, welches Programm sie braucht und wie dieses umzusetzen ist. Wenn es im Zuge der Lohnrunden zu weiteren Kämpfen kommt oder es gelingt, den ÖGB zu Widerstand gegen die Schuldenbremse und Sparpakete zu zwingen, ist das die beste Ausgangslage, um die FPÖ zu stoppen.

Warum ich der SLP beigetreten bin?

Ich kenne die SLP seit 2009, und war anfangs eher skeptisch was diese Partei angeht. Sie ist keine normale Partei. Die wirkliche Bedeutung ihrer Ideen wurde mir erst bewusst während ich mich auf einer siebenmonatigen Weltreise befand und Menschen aus verschiedensten „Ecken“ dieser Kugel kennenlernte. Fast Alle hatten die selben Probleme: Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus, Re-

pression, Gewalt, Krieg... die Liste ist endlos. Kurz: Kapitalismus. Und darauf bietet die SLP die richtigen Antworten: Bildung, Arbeit und Wohlstand für alle, anstatt nur für wenige Reiche. Kurz: Sozialismus. Das Ganze ist international im CWI organisiert mit vielen aktiven Mitgliedern in aller Welt. Und es gibt eine sehr demokratische Struktur die eine weite Mitsprache aller zulässt. Mein Beitritt

war nicht unüberlegt, ich bin ein politischer Mensch und will etwas verändern. In den Ideen und Strukturen der SLP finde ich ein gutes Umfeld um gemeinsam mit anderen für eine bessere Welt zu kämpfen.

Karl Breinesberger

Wenn auch Du/Sie Mitglied werden möchtest/en, dann an slp@slp.at schreiben oder anrufen (0699-19040917).

Schenk was G'scheits!

Durchschnittlich ca. € 350,- gibt jeder in Österreich für Weihnachtsgeschenke aus. Dabei sind viele Verlegenheitsgeschenke. Doch Mensch kann auch sinnvoll schenken. Mit Broschüren der SLP, einem Abo der ältesten sozialistischen Zeitung Österreichs seit 1983 erscheint (Vorwärts) oder einem unserer T-Shirts.

Seit der Einführung des Euro sind 10 Jahre vergangen. Die Reallöhne sind in dieser Zeit gesunken, der

Lebensstandard ebenso. Solange wir uns nicht effektiv wehren, werden wir weiter die Kosten ihrer Krise tragen müssen. Um uns zu wehren braucht

es das nötige „theoretische Unterfutter“, Informationen und Argumente. All das gibt's in Vorwärts und anderen SLP-Publikationen. www.slp.at



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

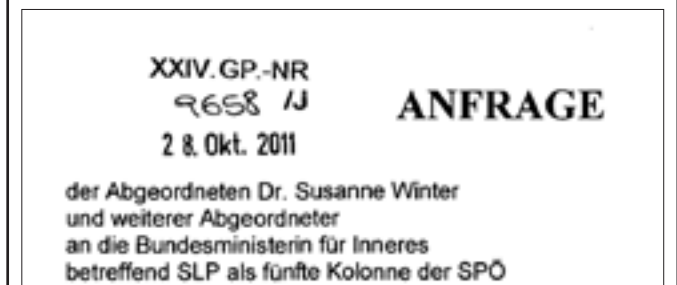
SLP-Jugendgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Amerlinghaus'
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SLP-Unigruppe
jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im 'Café Daun', Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Gasthaus Zypresse'
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Andere über uns



Vor einigen Monaten war ein Artikel auf Martin Grafs rechter „Unzensuriert“ Homepage über uns. Nun stellt die FPÖ parlamentarische Anfragen über die SLP u.a. Inhalt: Der Text von „Unzensuriert“. Außerdem will sie wissen, was der Verfassungsschutz gedenke, gegen uns zu unternehmen. Egal was bei der Anfrage rauskommt – Wir werden weiter gegen die FPÖ und ihre neoliberale und rassistische Politik aktiv sein.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht



Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

€ 24,- **Normal-Abo**

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at



Naziterror: Kein Verlass auf Staat & Polizei!

In Deutschland morden die Nazis – In Österreich können Rechtsextreme in der Hofburg tanzen.

Mindestens 10 Menschen hat die Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) getötet, Dutzende schwer verletzt. Viele sind fassungslos angesichts der Brutalität der Morde und dem Verhalten von Polizei und Verfassungsschutz. Mindestens sechs Möglichkeiten wurden ausgelassen, die „Untergetauchten“ zu fassen.

Stattdessen wurde die Naziszene direkt finanziert. Hunderttausende Euro flossen an „V-Männer“, Nazis, die eventuell Infos

hergeben. Dadurch wurde z.B. der „Thüringer Heimatschutz“ aufgebaut, aus dem der NSU hervorging.

Gleichzeitig wurden 36 AktivistInnen von „Dresden Nazifrei“ festgenommen und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angezeigt. Sie wollten etwas gegen Nazis, die zu solchem Terror fähig sind, tun.

Die österreichische Szene ist mit der deutschen vernetzt. Nazi-Homepage, die zur Gewalt aufrufen, Anstieg rechtsextremer Straftaten um 30%: Trotz-

dem sieht das Innenministerium „Keinen Grund zur Besorgnis“. Am 27.1. wollen Rechtsextreme aus ganz Europa zum WK Ball nach Wien, um sich zu vernetzen. Dass sie 2013 rausgeworfen werden, ist dem „Druck von der Straße“ (Strache) zu verdanken. Auch Deutschland hat gezeigt: Wir können uns nicht auf den Staat verlassen. Antifaschistische Selbstverteidigung und Offensive müssen wir selbst übernehmen!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.